

# Stenographisches Protokoll

## 12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 18. Juni 1953

Inhalt	
<b>1. Personalien</b>	Mark, Wunder, Rosa Jochmann u. G., betreffend Abänderung des Opferfürsorgegesetzes (8. Opferfürsorgegesetz-Novelle) (33/A)
a) Krankmeldungen (S. 287)	Proksch, Prinke u. G., betreffend die Schaffung eines Bundesgesetzes zur Regelung des Ladenschlusses im Kleinhandel (Ladenschlußgesetz) (34/A)
b) Entschuldigungen (S. 287)	
<b>2. Bundesregierung</b>	<b>Anfragen</b> der Abgeordneten
Bericht der Bundesregierung	Dr. Zechner, Appel, Dr. Neugebauer, Czettl u. G. an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Stellungnahme zu der kürzlich stattgefundenen Enquête über die Einführung des 9. Schuljahres (53/J)
Bundeskanzler Ing. Raab (S. 287)	Populorum, Enge, Appel, Dr. Koref u. G. an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Bundeszuschuß zur Erhaltung der öffentlichen Krankenhäuser (54/J)
Antrag Dr. Maleta auf Eröffnung der Debatte — Annahme (S. 291)	Dr. Zechner, Populorum, Zechtl, Rosa Rück u. G. an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend die Novellierung des Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetzes und die Neuregelung des Kindergartenwesens (55/J)
Redner: Koplenig (S. 292), Jonas (S. 294), Dr. Reimann (S. 298) und Dr. Gschnitzer (S. 300)	Horn, Steiner, Rom, Populorum u. G. an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Zollwachabteilungsinspektor Peter Webhofer, Ferlach, Kärnten, wegen dienstwidriger Behandlung seiner Untergebenen (56/J)
<b>3. Ausschüsse</b>	Dr. Zechner, Dr. Neugebauer, Marianne Pollak, Appel, Hinterleithner u. G. an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Maßnahmen zur Einschränkung der Klassenanzahl an privaten Lehrerbildungsanstalten (57/J)
a) Zuweisung der Anträge 27 bis 30 (S. 287) sowie 32 und 33 (S. 302)	
b) Überweisung der Anträge 18 bis 21 vom Justizausschuß an den Hauptausschuß und Verlängerung der Frist für die Berichterstattung über die Anträge 2 sowie 18 bis 21 (S. 302)	
<b>Eingebracht wurden</b>	
<b>Anträge</b> der Abgeordneten	
Mark, Dr. Koref u. G., betreffend Schaffung eines Bundesgesetzes, womit die Ruhe- und Versorgungsgenüsse der Bankpensionisten und ihrer Hinterbliebenen neu geregelt werden, soweit für sie die Bankpensionsverordnung vom 1. August 1933 bisher Geltung besitzt (31/A)	
Dr. Dipl.-Ing. Figl, Eibegger, Prinke, Holzfeind u. G., betreffend Abänderung des Beamtenentschädigungsgesetzes, BGBl. Nr. 181/1952 (32/A)	

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzender: Präsident Dr. Hurdes.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abg. Dr. Stüber und Kandutsch.

Entschuldigt haben sich die Abg. Singer, Aigner, Hillegeist, Wilhelmine Moik, Minister Dipl.-Ing. Waldbrunner, Frühwirth, Truppe, Dr. Gredler, Grete Rehor und Dipl.-Ing. Strobl.

Nachstehende Anträge habe ich folgenden Ausschüssen zugewiesen:

27/A der Abg. Dr. Pfeifer und Genossen auf Abänderung des Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetzes 1949 dem Ausschuß für Verfassung und für Verwaltungsreform;

28/A der Abg. Dr. Pfeifer und Genossen auf Neufassung und Ergänzung der Vorschriften über die Waisenpension dem Finanz- und Budgetausschuß;

29/A der Abg. Dr. Pfeifer und Genossen, betreffend die Aufhebung oder Abänderung rechtswidriger oder fehlerhafter Eintragungen in den Registrierungslisten, dem Hauptausschuß;

30/A der Abg. Dr. Kraus und Genossen auf Abänderung des Dritten Rückstellungsge setzes dem Finanz- und Budgetausschuß.

Erhebt dagegen jemand einen Einwand? — Es ist das nicht der Fall, daher ist mein Vorschlag angenommen.

Wir gehen in die Tagesordnung ein:  
**Bericht der Bundesregierung.**

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile ihm das Wort.

Bundeskanzler Ing. Raab: Hohes Haus! Ich erlaube mir namens der Bundesregierung und auf Wunsch der politischen Parteien Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

## 288 12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 18. Juni 1953

Nach einer langen Periode einer unveränderten internationalen Lage sind in den letzten Wochen Ereignisse eingetreten, die sich auch auf Österreich auswirkten, und zwar waren diese Auswirkungen zum größten Teil erfreulicher Natur. Regierung und Parlament waren es in den letzten Jahren, die zu wiederholten Malen an das Weltgewissen appellierten, Österreich endlich, seinem Recht entsprechend, die Freiheit wiederzugeben. Dieser Appell hat leider auch heute noch nichts von seiner Aktualität eingebüßt, und wir werden ihn so lange wiederholen, bis wir unser Endziel erreicht haben, und dieses Ziel ist ein für Österreich moralisch, politisch und wirtschaftlich tragbarer Staatsvertrag. (Beifall bei ÖVP, SPÖ und WdU.)

Von keinem der vier Alliierten wurde bisher die Behauptung aufgestellt, daß wir den Staatsvertrag deswegen nicht bekommen, weil wir seiner nicht würdig wären oder weil wir es unterlassen hätten, irgendwelche Voraussetzungen dafür zu schaffen. Das einzige Hindernis war lediglich die Tatsache, daß die vier Alliierten, die im zweiten Weltkrieg Schulter an Schulter miteinander gekämpft haben, nachher uneinig wurden und jener bedauerliche Zustand eingetreten ist, den man allgemein als den Kalten Krieg bezeichnet hat. Diesen Zustand haben wohl alle Völker der Erde auf das tiefste bedauert, kaum eines aber so sehr wie das österreichische. Unser kleines Land liegt eingekleilt zwischen den beiden Mächtegruppen. Wir zählen zu denjenigen Völkern, die durch diesen Gegensatz am schwersten getroffen wurden und leider noch immer getroffen werden. Das österreichische Volk weiß, was Krieg und kriegerische Ereignisse heißen. Es kann sich lebhaft vorstellen, welches Grauen eine Anwendung der modernsten Waffen mit sich bringt. Und wenn es nicht von Natur aus friedliebend wäre, dann müßte es dieses Grauen vor einer neuerlichen Völkervernichtung zu einem friedliebenden Volke machen. Dieser Appell an das Weltgewissen, uns Frieden und Freiheit zu geben, war daher immer enge verbunden mit einem Appell an die Vernunft der Menschheit, friedliche Wege für diese Auseinandersetzungen zu suchen.

Diese unsere Einstellung zum Problem Krieg und Frieden hat uns auch nach Kriegsende bewogen, mit den vier alliierten Besatzungssarmeen in gutem Einvernehmen zu leben, alles zu tun, was dem Frieden dient, und alles zu vermeiden, was zu neuen Mißverständnissen Anlaß geben könnte. Wir haben uns intensiv mit der Sicherung eines demokratischen Staatswesens und mit dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft beschäftigt,

um so möglichst rasch die Voraussetzungen für die Gewährung eines Staatsvertrages zu schaffen. Wir haben nie darüber Zweifel bestehen lassen, daß wir ein möglichst rasches Ende der Besetzung herbeiwünschen und daß wir erst dann uns als freie und gleichberechtigte Mitglieder in der großen Völkerfamilie fühlen können, bis der letzte Besatzungssoldat österreichisches Gebiet verlassen hat. (Beifall bei ÖVP, SPÖ und WdU.)

Es ist uns zunächst gelungen, mit allen vier Besatzungselementen befriedigende Beziehungen herzustellen. Leider hat sich im Verlauf der Zeit unser Verhältnis zu einer der vier Besatzungsmächte, und zwar zur sowjetischen, verschlechtert. Wir haben dies — ich will es aufrichtig gestehen — sehr bedauert. Denn wenn auch zwischen Österreich und der Sowjetunion auf politischem Gebiet Auffassungsverschiedenheiten bestehen, so hätte sich dies unserer Meinung nach nie auf dem Sektor der Besetzung auswirken müssen oder, besser gesagt, auswirken dürfen.

In diesem von uns sehr bedauerten Zustand ist nun in den letzten Wochen eine fühlbare Änderung eingetreten. Die Sowjetunion hat auf österreichischem Gebiet eine Reihe von Taten gesetzt, die erkennen lassen, daß sich nunmehr bessere Voraussetzungen für normale Beziehungen anbahnen.

Wenn ich einige dieser Taten als Beispiel anführen soll, dann will ich damit beginnen, daß der sowjetische Hochkommissär am 24. April die Freilassung von politischen österreichischen Gefangenen erlaubt hat, die vom Herrn Bundespräsidenten amnestiert wurden, aber bisher aus den österreichischen Gefängnissen nicht entlassen werden konnten. (Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien und der WdU.) Daß diese Freilassung mit dem 80. Geburtstag unseres verehrten Herrn Bundespräsidenten zusammenfiel, haben wir als schöne Geste des sowjetischen Hochkommissärs dankbarst verzeichnet. Drei Tage später erhielt der österreichische politische Vertreter in Moskau die Zusicherung, daß die nach dem Tode Marschall Stalins in der UdSSR erlassene Amnestie auch auf die österreichischen Kriegs- und Zivilgefangenen, die sich auf Grund von Urteilen der sowjetischen Militärgerichte in der Sowjetunion in Haft befinden, Anwendung finden wird. Am Montag, dem 15. Juni, sind auch die ersten Österreicher auf Grund dieser Amnestie freigelassen worden, und wir hoffen, daß möglichst bald noch zahlreiche dieser unserer Landsleute die Freiheit wiedererlangen werden.

Am 29. Mai teilte mir der sowjetische Hochkommissär mit, daß seine Regierung den Vorschlag der österreichischen Bundes-

## 12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 18. Juni 1953 289

regierung angenommen hat, das Donaukraftwerk Ybbs-Persenbeug an Österreich zu übergeben, um so den weiteren Ausbau zu ermöglichen. (*Beifall.*) Der diesbezügliche Vertrag wird in den nächsten Tagen unterzeichnet werden.

Am 6. Juni teilte mir der Stellvertreter des politischen Vertreters der UdSSR in Wien mit, daß seine Regierung die Einsetzung eines zivilen Hochkommissärs für Österreich beschlossen habe, und am 9. Juni wurde unser Geschäftsträger in Moskau davon in Kenntnis gesetzt, daß die Sowjetregierung die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Österreich beschlossen habe. Mit dieser Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen war ein wichtiger Schritt der Normalisierung im Verhältnis unserer beiden Staaten eingetreten. Die Sowjetunion ist damit dem Beispiel der Westalliierten gefolgt, die nunmehr schon seit längerer Zeit zivile Hochkommissäre in Österreich haben, eine Einrichtung, die wesentlich zur Verbesserung und Vertiefung der Beziehungen beigetragen hat.

Ein weiterer entscheidender Schritt war die am 8. Juni verfügte Aufhebung der ständigen Kontrolle an den Demarkationslinien für den Personen- und Lastenverkehr. (*Erneuter Beifall.*) Sowohl mein Vorgänger als auch ich haben, gemeinsam mit Vizekanzler Dr. Schärf, wiederholt beim sowjetischen Hochkommissär darauf hingewiesen, daß diese Kontrolle vollkommen zwecklos war und nur eine überflüssige Behinderung des Personen- und Wagenverkehrs darstellte. Es war jedem, der es wollte, möglich, die Demarkationslinie außerhalb der Kontrollstellen ungehindert und ohne Ausweis zu passieren. Dies war nur eine überflüssige Last und hat die sowjetischen Besatzungstruppen bloß unpopulär gemacht. Die Aufhebung hat daher bei der gesamten österreichischen Bevölkerung einen lebhaften Widerhall gefunden, und die Verfügung des Hochkommissärs wurde als eine sehr wünschenswerte Erleichterung anerkannt.

Nach langen Verhandlungen ist es auch dem Bundesminister für Inneres gelungen, mit den Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht eine einverständliche Regelung einer Reihe personeller Fragen auf dem Gebiete der Polizei und der Gendarmerie in der sowjetischen Besatzungszone zu erzielen. Es wurde dabei einer Reihe von österreichischen Wünschen Rechnung getragen. Wir haben mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß diese Besprechungen, die am 9. Juni abgeschlossen wurden, in verschiedenen Fällen ungesetzlichen Zuständen ein Ende bereitet haben.

In zwei weiteren Verfügungen des sowjetischen Hochkommissärs vom 10. und 13. Juni wurde die Freigabe eines Amtsgebäudes, von Schulen, Wohnhäusern, Wohnungen und Geschäftsräumen bekanntgegeben. Wenn diese Freigaben auch meist nur von lokaler Bedeutung sind, so dürfen sie nicht unterschätzt werden, da dadurch eine ganze Anzahl österreichischer Familien ihre Wohnungen beziehungsweise Geschäftslokale zurückbekommen, in einigen Orten der Schulbeziehungswise Amtsbetrieb wieder normal gestaltet werden kann. Es ist jedenfalls erfreulich, daß auch auf diesem Gebiet der sowjetische Hochkommissär begonnen hat, den Wünschen der österreichischen Bundesregierung und der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Was haben nun diese Gesten der Sowjetregierung und ihres Hochkommissärs in Österreich zu bedeuten? Darüber hat in Österreich, aber auch in der Weltpresse eine lebhafte Diskussion begonnen. Auch darüber, wie sich das österreichische Volk und seine Regierung nunmehr verhalten sollen. Ich bin der Meinung, daß man einem Menschen, der einem die Hand entgegenstreckt, mit gutem Willen entgegenkommen und mit ihm eine sachliche Auseinandersetzung führen soll. Der gute Wille muß bei jedem Menschen angenommen werden, weil nur so sachliche Lösungen erzielt werden können. Ob diese sachliche Auseinandersetzung zum Ziele führt, ist eine andere Frage. Wir stehen erst am Beginn dieser sachlichen Auseinandersetzung, und ich glaube, daß durch die letzten Schritte der Sowjetunion eine bessere Atmosphäre geschaffen wurde. Wir haben nämlich noch immer eine große Anzahl von Wünschen und Beschwerden. Wir werden nicht ermangeln, diese Wünsche in sachlicher Form vorzubringen und Anregungen zu geben, wie es in Zukunft besser zu machen wäre.

Wenn ich jetzt ausschließlich vom Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht spreche, so steht an der Spitze unserer Wünsche nach wie vor die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit. (*Beifall bei ÖVP, SPÖ und WdU.*) Es ist für ein zivilisiertes Volk unerträglich, zu wissen, daß seine Mitbürger verhaftet und verurteilt werden können, ohne daß man je eine Anklageschrift zu sehen bekommt, ohne daß sie Gelegenheit haben, einen rechtskundigen Beistand beizuziehen, ja daß sie sogar zur Verbüßung ihrer Strafe außer Landes geschafft werden. Derartige Maßnahmen machen eine Besatzungsmacht unpopulär, und es ist eigentlich unverständlich, warum man an dieser Übung festhält. Nichts ist so geeignet, eine Besatzungsmacht

## 290 12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 18. Juni 1953

in Mißkredit zu bringen, wie gerade ein derartiges Vorgehen.

Eine weitere Einrichtung, die für ein Kulturvolk entwürdigend ist, ist die der Zensur. (*Zustimmung bei ÖVP, SPÖ und WdU.*) Jeder Österreicher wird schamrot, wenn er bedenkt, daß jeder Brief, den er an Freunde, Verwandte oder Geschäftspartner ins Ausland richtet, dortselbst mit dem Zensurstempel ankommt, ebenso wie er wütend wird, wenn wichtige Briefe aus dem Ausland hier auf der Zensurstelle tagelang liegenbleiben. Diese Schmach ist noch umso unerträglicher, als wir gezwungen werden, diese Zensurstelle als österreichische Dienststelle zu bezeichnen, und die Beamten dieser Stelle aus Budgetmitteln bezahlen müssen. Und welchen Zweck hat denn diese Zensur? Genau so wie man durch all die Jahre auch ohne Dokumente über die Demarkationslinie kommen konnte, genau so — ich verrate damit kein Geheimnis — gibt es Mittel und Wege, die Zensur zu umgehen. Wer also etwas Verfängliches schreiben will, der tut es auch heute schon. Es wäre höchste Zeit, wenn der Alliierte Rat sich neuerlich mit der Frage der Abschaffung der Zensur befassen würde, und es würde in der ganzen Welt als weiteres Zeichen der Entspannung gewertet werden, wenn ein einstimmiger Beschuß auf Abschaffung zustandekäme. (*Lebhafter Beifall bei ÖVP, SPÖ und WdU.*)

Ein weiterer wesentlicher Punkt unseres Wunschzettels ist die Rückgabe der Sender. Hier müssen wir aber mit drei Alliierten sprechen, denn auch die Regelung der Rundfunkverhältnisse in der amerikanischen und britischen Zone kann von uns nicht als Dauerrzustand anerkannt werden (*erneuter lebhafter Beifall*), und auch von sowjetischer Seite muß man einsehen, daß die Propaganda in der „Russischen Stunde“ bei der überwiegenden Mehrzahl der österreichischen Bevölkerung auf Abneigung stößt und eher die Wirkung einer Gegenpropaganda als die einer Propaganda für die Sowjetunion auslöst. Wir brauchen keine Stimmen und keine Stunden von Nord oder Süd, von Ost oder West, unsere österreichische Bevölkerung will einen österreichischen Rundfunk hören! (*Starker Beifall bei den Regierungsparteien und der WdU.*) Ganz abgesehen davon, daß es zweifellos ein Unding ist, wenn heute in dem kleinen Österreich sechs verschiedene Rundfunkprogramme gesendet werden. Man könnte zwei oder drei Programme wesentlich besser und billiger gestalten, man könnte außerdem noch den Bundesländern Gelegenheit geben, ihre eigenen Sendungen in genügendem Ausmaß für ihre Interessenten zu senden.

Zu der normalen Existenz eines Staates und zur Bestätigung seiner Souveränität ge-

hört es vor allem, daß Unternehmen, gleichgültig ob von inländischen oder ausländischen Eigentümern, den österreichischen Wirtschaftsgesetzen zu unterstellen sind. (*Lebhafte Zustimmung bei ÖVP, SPÖ und WdU.*) Es wäre mit der sowjetischen Besatzungsmacht auch das Problem der in den letzten Jahren entstandenen USIA-Verkaufsläden zu regeln. Der materielle Gewinn dieser Läden kann für das große, an Naturschätzen und Industrie so reiche Sowjetrußland doch kaum eine Rolle spielen. Für uns bedeutet aber die Existenz dieser Läden eine schwere Schädigung unserer Staatsfinanzen und auch eine schwere Schädigung unserer Kaufleute und Gewerbetreibenden. Eine Schließung dieser Läden wäre ein großer Propagandaerfolg der Sowjetunion, den wir ihr neidlos gönnen würden, es wäre ein Beweis für das Verständnis der wirtschaftlichen Schwierigkeiten unseres Staates, der noch immer an den Kosten des Wiederaufbaues schwer zu tragen hat.

Ein weiterer Wunsch ist die Milderung beziehungsweise die Aufhebung der Besatzungskosten. (*Lebhafter Beifall.*) Da Österreich die lange Dauer der Besetzung nicht verschuldet hat, ist es zweifellos ein Unrecht, von uns die Kosten für diese Besetzung zu verlangen. Was den Vereinigten Staaten möglich ist, die nun seit langem die Besatzungskosten selbst tragen, aus der Erkenntnis heraus, daß Österreich die Fortdauer dieser Besetzung nicht verschuldet hat, müßte auch den anderen Alliierten möglich sein, umso mehr, als die dafür benötigten Beträge im Budget eines Großstaates überhaupt keine Rolle spielen, während sie für uns doch eine schwere Belastung bilden. Im übrigen könnte das Problem der Besatzungskosten einfach gelöst werden:

Wo steht es denn geschrieben, daß die Besatzungstruppen bis zum Abschluß des Staatsvertrages in Österreich bleiben müssen? (*Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien und der WdU. — Rufe: Sehr richtig!*) Man könnte sie meines Erachtens auch jetzt schon von Österreich abziehen und die Überwachung der den Österreichern durch das Kontrollabkommen auferlegten Verpflichtungen den zivilen Hochkommissären allein überlassen. (*Starker Beifall bei ÖVP, SPÖ und WdU.*) Die Ausarbeitung und Inkraftsetzung des Staatsvertrages könnte vollkommen unabhängig vom Abzug der Besatzungstruppen durchgeführt werden. Bei gutem Willen, der bei allen vorhanden sein müßte, läßt sich Unmögliches verwirklichen, warum nicht auch dieser, auf den ersten Blick vielleicht ungewöhnlich erscheinende Gedanke? Dieser Schritt würde jedenfalls dem österreichischen Volk die Überzeugung

## 12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 18. Juni 1953 291

geben, daß es den Alliierten damit ernst ist, dem Recht zum Durchbruche zu verhelfen, und daß sie es vermeiden wollen, einem kleinen Volk unnötige und überflüssige Lasten aufzuerlegen. Die moralische Wirkung eines derartigen Schrittes wäre sowohl für die Österreicher als auch für die gesamte Weltöffentlichkeit nicht abzusehen. Österreich hat durch seine demokratisch durchgeföhrten Wahlen bis jetzt gezeigt, daß es in der Lage ist, die Ruhe und Ordnung im Innern dieses Landes selbst aufrechtzuerhalten.

Haben meine bisherigen Ausführungen nur Vorschläge und Gedanken zur Erleichterung des Besatzungsregimes zum Gegenstand gehabt, so will ich mich jetzt zum Hauptpunkt unserer Bestrebungen wenden, und dies ist der österreichische Staatsvertrag. (*Lebhafter Beifall.*) Erst dieser Vertrag wird für uns den Schlüßstein im Kampf um Freiheit und Selbständigkeit darstellen. Erst dann, wenn dieser Vertrag unterzeichnet ist und alle Überwacher — sei es in militärischer oder ziviler Eigenschaft — vom österreichischen Boden zurückgezogen sein werden, wird für uns ein wirklicher Anlaß zu einem Freudentfest sein. (*Lebhafter Beifall bei ÖVP, SPÖ und WdU.*) Dann werden wir auch dem, der uns jetzt zur Einleitung sachlicher Besprechungen die Hand reicht, diese Hand freudig schütteln, und wir werden von allen vier Alliierten in Freundschaft scheiden. Wir werden stets dessen eingedenk sein, daß sie für die Befreiung Österreichs so viel beigetragen und daß sie uns sehr beim Wiederaufbau unseres Staatswesens geholfen haben.

Wir hatten gehofft, daß die für den 27. Mai in London angesetzten Verhandlungen der Stellvertretenden Außenminister zumindest zu einem Fortschritt in den Verhandlungen führen werden, und wir haben das Scheitern dieser Verhandlungen als große Enttäuschung betrachtet. Der neuerliche Schritt der Westmächte, die Überreichung ihrer Noten in Moskau, hat uns neue Hoffnung gegeben. Wir sind überzeugt, daß sich alle Mächte der Bedeutung der Einigung über den Staatsvertrag bewußt sind. Ein derartiger Schritt würde augenblicklich eine Atmosphäre des Friedens und des Vertrauens auf der ganzen Welt schaffen. Möge doch niemand befürchten, daß er durch die Unterzeichnung dieses Vertrages einen Prestigeverlust erleidet. Anerkennung des Rechtes ist immer ein Beweis der Stärke (*Beifall bei der ÖVP*), und nur der Schwache besteht auf Unrecht, weil es zu seinem angeblichen Vorteil gereicht. Kein Österreicher, ich glaube auch niemand auf der ganzen Welt würde es als Zeichen der Schwäche auslegen, wenn man einem zivilisierten Volk Freiheit und Souveränität gibt,

wie man es in feierlichen Erklärungen versprochen hat.

Wenn Österreich auf diesem Gebiet Vermittler spielen kann, dann bieten wir freudig unsere Dienste an. Vielleicht war es doch ein wenig Verdienst unseres Volkes, daß die vier Alliierten bisher gerade in Wien noch am besten ausgekommen sind und daß der Kalte Krieg bei uns nie eiskalt geworden ist.

Wir wollen in Frieden leben, und wir sind überzeugt, daß wir zwischen den beiden großen Mächtegruppen unsere guten Mittlerdienste erfüllen können. Die Form des Vertrages, den man uns geben muß, ist nicht das Entscheidende. Er muß nur Bedingungen enthalten, die — wie ich schon eingangs erwähnt habe — politisch, moralisch und wirtschaftlich für uns tragbar sind. Und die erste Bedingung muß sein ein einiges, freies Österreich, das nicht der Gefahr fremder Einflüsse ausgesetzt sein darf. Wir sehen daher in den Entschlüssen der sowjetischen Regierung und des Herrn sowjetischen Hochkommissärs einen Schritt weiter auf diesem Wege, den wir freudig begrüßen. Diese Anerkennung, die wir der sowjetischen Besatzungsmacht ausdrücken, kann nicht die Dankbarkeit vermindern, die wir gegenüber den Westmächten hegen, die alle diese Erleichterungen bei uns schon seit langem durchgeföhrzt haben. (*Zustimmung.*)

In realistischer Einschätzung unserer Lage werden wir die jüngsten sowjetischen Maßnahmen weder geringschätzen, noch sie überschätzen. Wir werten sie aber als wichtige Fortschritte, ohne deshalb unser Endziel aus den Augen zu verlieren, die Wiedergewinnung der vollen Freiheit. Solange es in Österreich freie Wahlen gibt und die Freiheit der Rede und der Meinungsäußerung in jeder Form gesetzlich gewährleistet ist, wird das österreichische Volk so wie heute seine Stimme erheben, um zu seinem Recht im Rahmen der gesamten Völkerfamilie zu gelangen, um in dieser Familie vollberechtigt mitreden und mitleben zu können. (*Starker anhaltender Beifall bei ÖVP, SPÖ und WdU.*)

**Präsident:** Zur Stellung eines formalen Antrages hat sich der Herr Abg. Dr. Maleta zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Maleta:** Ich beantrage, über die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers die Debatte zu eröffnen.

**Präsident:** Es ist der Antrag gestellt, über die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers die Debatte zu eröffnen. Ich bitte jene Frauen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich danke und stelle die einstimmige Annahme fest.

## 292 12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 18. Juni 1953

Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abg. Koplenig. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Koplenig:** Hohes Haus! Wenn heute, kurze Zeit nach der Regierungserklärung, wiederum die Notwendigkeit besteht, im Nationalrat wichtige Fragen unserer Außenpolitik zu behandeln, so hat dies seine Ursache darin, daß bedeutende Veränderungen in der internationalen Lage eingetreten sind, die jetzt auch in Österreich ihren starken und für unser Volk sehr erfreulichen Niederschlag gefunden haben. Diese internationalen Veränderungen hat ein Bericht der amerikanischen Nachrichtenagentur „United Press“ treffend zum Ausdruck gebracht. Die Agentur schrieb nämlich, daß hundert Tage der Friedensoffensive Malenkows mehr gebracht haben als sieben Jahre Kalter Krieg.

Die Friedensinitiative der Sowjetunion hat einen tiefen Widerhall in der ganzen Welt gefunden, und heute sind ernstliche Bestrebungen und Schritte zu einer internationalen Verständigung und zu einer friedlichen Regelung aller Streitfragen festzustellen. Ziel dieser Bestrebungen und Schritte ist es, dem Kalten Krieg und dem Wettrüsten ein Ende zu machen und allen Völkern eine friedliche Entwicklung zu sichern. Das gilt heute nicht nur in Korea, wo nach jahrelangem blutigem Krieg die Haupthindernisse für einen Waffenstillstand beseitigt sind, das gilt auch überall sonst in der Welt.

Eine Reihe von Staatsmännern und Politikern haben die Initiative der Sowjetregierung zu einer internationalen Verständigung aufgegriffen. Ich erinnere nur daran, daß der englische Ministerpräsident Churchill und nach ihm eine Reihe anderer bedeutender Politiker der kapitalistischen Staaten den Gedanken einer internationalen Aussprache auf höchster Ebene vertreten, die der Entspannung in der Welt dienen soll. Es ist kein Zufall, daß Staatsmänner wie Churchill, dem niemand eine Sympathie für das sozialistische System in der Sowjetunion vorwerfen kann, neue Wege der internationalen Politik suchen.

Die Ursache dieser veränderten Haltung liegt darin, daß die bisherige Politik der Drohungen, Einschüchterungen, die sogenannte Politik der Stärke in eine Sackgasse geführt hat. Immer mehr Menschen aus allen politischen Lagern in der ganzen Welt erkennen, daß eine Fortsetzung dieser Politik, eine Fortsetzung des Kalten Krieges die Völker an den Rand neuer Krisen und neuer Katastrophen führt und daß daher der einzige Ausweg aus dieser Lage in der Verständigung der Großmächte liegt.

Damit sind in der entscheidenden Frage der internationalen Beziehungen heute in der ganzen Welt zwei Richtungen in Erscheinung getreten:

Die eine dieser Richtungen beurteilt die Dinge, wie sie sind; sie geht von den realen Tatsachen, von den Interessen des eigenen Landes aus. Diese Richtung sieht den Ausweg für das eigene Land in einer Verständigung und einverständlichen Regelung aller Fragen.

Die zweite Richtung geht nicht von den Interessen des eigenen Volkes und des eigenen Landes aus; sie sucht nicht die Verständigung und Einigung über alle strittigen Fragen, sondern sie folgt dem Weg und den Weisungen jener Kräfte in Amerika, die den Kalten Krieg weiterführen und verschärfen wollen.

Die Freundschaftsbeweise der Sowjetunion für Österreich, die einen Bestandteil der gesamten Friedenspolitik der Sowjetunion bilden, haben die Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Richtungen in der Politik in der ganzen Welt auch auf dem Boden unserer Heimat besonders aktuell gemacht.

Die Schritte, die die Sowjetunion für Österreich und in Österreich unternommen hat, insbesondere die Aufhebung der Zonenkontrolle, haben einen tiefen und nachhaltigen Widerhall in der Bevölkerung unseres Landes gefunden. Die Aufhebung der Zonenkontrolle allein kann diese Freude im Volk, diese Kundgebungen in Linz und an anderen Orten nicht erklären. Was hier zum Ausdruck kam, das war der tiefe, durch keine Hetzpropaganda zu erschütternde Friedenswillen unseres Volkes, sein Bedürfnis nach einer Entspannung. Weil die Österreicher den Frieden lieben, begrüßen sie jeden Schritt, der zu einer Entspannung und Verständigung beiträgt.

In der gegenwärtigen Situation beurteilt die Bevölkerung die Regierung und die Politiker nicht danach, wie laut sie immer neue Bedingungen stellen, sondern die Bevölkerung beurteilt die Regierung und die Politiker danach, welchen Beitrag sie selbst dazu leisten, damit dieses Werk des Friedens, das der Staatsvertrag krönen soll, einer raschen Vollendung entgegengesetzt.

Der Bundeskanzler hat vor einigen Tagen über die Notwendigkeit gesprochen, schrittweise das Vertrauen herzustellen. Diese Auffassung ist sicherlich richtig. Es zeigt sich aber, daß in dieser Frage keine Einigkeit im Lager der Regierung besteht, sondern daß auch in Österreich die beiden Auffassungen von internationalen Beziehungen vorhanden sind, auf die ich eingangs hingewiesen habe.

Auch bei uns gibt es Leute, die noch immer den Standpunkt vertreten, daß es heute

## 12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 18. Juni 1953 293

entscheidend ist, Bedingungen zu stellen und für die Fortsetzung der sogenannten Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion einzutreten, also die Politik fortzusetzen, die in der ganzen Welt Bankrott gemacht hat. Dabei ist vollkommen klar, daß gerade Österreich an einer Verständigung der Großmächte interessiert ist, denn ohne diese Verständigung gibt es keinen Staatsvertrag.

Zu den Anhängern dieser Bankrottopolitik der Ablehnung jeder internationalen Verständigung gehören offenbar auch der Innenminister Helmer und jene Leute, die seine politischen Ansichten teilen und verbreiten. Den sonntäglichen Wutausbruch des Innenministers kann man nur so verstehen. Helmer hat am Sonntag behauptet, der Zweck der Moskauer Friedensoffensive sei, den österreichischen Kommunisten zu helfen.

Bisher haben er und seine Freunde allerdings das Gegenteil gesagt, sie haben immer behauptet, die Kommunisten seien an der Aufrechterhaltung der Zonenkontrolle und an anderen Besatzungsmaßnahmen interessiert, und jetzt soll es genau umgekehrt sein! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Wenn die Schlagbäume an der Enns und am Semmering hochgezogen sind, dann freuen sich die Kommunisten mit allen Österreichern, aber der Herr Innenminister macht ein sehr saures Gesicht dazu. (*Ironische Heiterkeit bei den Sozialisten.* — *Abg. Weikhart: Er lacht dazu!*) Verwunderlich ist das auch wirklich nicht; schließlich hat ja die SPÖ-Führung schon zweimal den Wahlkampf mit den russischen Schlagbäumen bestritten, und jetzt weint Helmer dem Wahlschläger nach, den er schon zweimal aus den Schlagbäumen gemacht hat. (*Abg. Lackner: Märchen-erzähler!*)

Mit seiner Rede im Burgenland hat der Innenminister Helmer nicht nur das Bekenntnis abgelegt, daß er zu jenen Leuten gehört, die die Fortsetzung des Kalten Krieges wünschen und eine internationale Verständigung ablehnen, mit seinem Wutausbruch gegen eine Verständigung befindet sich Helmer in der Gesellschaft der bankroten Kriegspolitiker (*Zwischenrufe bei der SPÖ*), der Leute wie Syngman Rhee, Tito und anderer Kriegshasardeure der westlichen Welt, und im Gegensatz zu den führenden Leuten in der englischen Arbeiterpartei, im Gegensatz zu vernünftigen Politikern in der ganzen Welt. (*Anhaltende Zwischenrufe.*) Daß auch viele tausende österreichische Sozialisten und Funktionäre der SPÖ offen ihrer Freude über die Aufhebung der Zonenkontrolle Ausdruck verliehen haben, zeigt nur, daß sich Helmer auch im Gegensatz zu vielen Wählern und Vertrauensleuten seiner eigenen Partei befindet.

Der Weg, den Helmer vorschlägt, ist kein neuer Weg, sondern der alte Weg des Hasses, der alte Weg der Hetze. Aber wir müssen feststellen, daß Helmer nicht allein ist, sondern daß er in dieser Frage auch Unterstützung im Lager der anderen Regierungspartei findet und daß er heute vor allem sicherlich die Unterstützung des VdU finden wird.

In den letzten Tagen sehen wir den Versuch, in dieser Frage zutage tretende Gegensätze im Regierungslager durch einen verstärkten Antikommunismus zu überbrücken. (*Abg. Doktor Pittermann: Dafür sorgen die Schüsse von Berlin!*) Sie sagen Kampf gegen die Kommunisten (*Abg. Horn: Pilsen und Brünn!*), aber in Wirklichkeit denken sie, daß Österreich ein Bollwerk und ein Stützpunkt gegen den Osten sein soll, in Wirklichkeit wollen sie jede Verständigung verhindern! (*Abg. Uhlir: Diese Walze ist nicht mehr aktuell!*) Aber auf diesem Weg bringt man Österreich dem Staatsvertrag nicht näher, sondern entfernt die Möglichkeit eines baldigen Abschlusses.

Die Österreichische Volksopposition hat während des Wahlkampfes und in ihrer Stellungnahme zur Regierungserklärung mit allem Nachdruck zum Ausdruck gebracht, daß sie für eine internationale Verständigung, für ein Heraushalten Österreichs aus allen Konflikten, für die Neutralität unserer Heimat eintritt. Jeden Schritt, den eine österreichische Regierung auf dem Wege der Verständigung macht, und jede ernste Maßnahme zu einer internationalen Verständigung, die den Weg zur Unabhängigkeit Österreichs, zum Staatsvertrag eröffnet, wird die Unterstützung der Volksopposition haben.

In der gegenwärtigen Situation wird eine Regierung nicht nach ihren Reden und Bedingungen, sondern nach ihren praktischen Handlungen und Maßnahmen beurteilt. Wie in aller Welt, gilt dies auch für Österreich. Ich möchte hier einige solche praktische Schritte zur Debatte stellen, deren Durchführung durchaus in der Kompetenz der Regierung und des Parlaments liegt und durch keinerlei Kontrollabkommen, durch keinerlei internationale Verpflichtungen begrenzt ist.

Heute, acht Jahre nach dem Sturz der Hitler-Herrschaft, wäre die Beseitigung der Hitler-Gesetze, die noch immer angewendet werden, und die Rückkehr zu einer österreichischen Gesetzgebung ein wichtiger Schritt zur Sicherung der Demokratie im Sinne des Staatsvertrages. Die rasche Beseitigung der Hitler-Gesetze, die im Gegensatz zu den Grundsätzen eines freien und demokratischen Österreichs stehen, ist umso notwendiger, als in breiten Schichten der Bevölkerung berechtigte Zweifel in bezug auf den politischen Kurs der Regierung

## 294 12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 18. Juni 1953

nach Abschluß des Staatsvertrages bestehen. (Abg. Dr. Migsch: Bei 5 Prozent!)

Eine andere Tatsache, die gegenwärtig ernster Anlaß zur Beunruhigung und Besorgnis breiter Bevölkerungskreise ist, ist das Aufleben der nazistischen und großdeutschen Propaganda und des völkerverhetzenden Chauvinismus in den westlichen Zonen Österreichs (Abg. Doktor Pittermann: Nationale Liga!), wo die Vertreter des Großdeutschstums immer offener und aggressiver hervortreten. (Abg. Doktor Pittermann: Twarz Slavik! — Heiterkeit.) Unter Duldung der Regierung und der dem Innenminister unterstehenden Sicherheitsorgane finden in den westlichen Bundesländern Soldatentreffen statt, an denen wie am Gebirgsjägertreffen starke Gruppen aus Westdeutschland teilgenommen haben. Diese Demonstrationen großdeutschen Kriegsgeistes werden noch unterstrichen durch die freche, anmaßende Propaganda der verschiedenen VdU-Blätter, durch die Masseninvansion von Literatur zur Verherrlichung des Hitler-Krieges und seiner Generäle.

Nun sehen gerade jene Artikel des Staatsvertrages, die schon vereinbart sind, ausdrücklich einen Kampf gegen die Überreste der Hitler-Ideologie und den großdeutschen Geist vor. Hier kann die Regierung konkrete Schritte unternehmen, um der internationalen Entspannung zu dienen und zugleich den patriotischen Kräften in unserem Lande (ironische Heiterkeit bei der SPÖ) Rechnung zu tragen, die im Zusammenhang mit der Wiederaufrüstung Westdeutschlands mit wachsender Besorgnis das Wiederaufleben der großdeutschen Gefahr verfolgen. (Abg. Weikhart: Und was ist in Ostdeutschland?)

Ein weiterer konkreter Schritt zur wirtschaftlichen Freiheit und Unabhängigkeit wäre (Abg. Dr. Pittermann: Steuerzahlen der USIA!) die Beseitigung aller Schranken, die gegenwärtig für den Handel mit dem Osten bestehen. (Abg. Wallner: Die sollen zuerst zahlen!) Es besteht keinerlei Rechtfertigung dafür (Abg. Dr. Pittermann: Daß die Polen 4 Millionen schuldig sind!), daß gerade Österreich sich sklavisch an die amerikanischen Ausfuhrverbotslisten im Verkehr mit den Oststaaten hält, während heute buchstäblich kein Land Westeuropas mehr diese Weisungen aus Washington respektiert. (Abg. Doktor Hofeneder: Die bezahlen nicht einmal die gelieferten Waren!)

Weiter wäre es dringend notwendig, ernstliche Schritte zur Herstellung von Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion zu unternehmen. Die Frage des Ausbaues der wirtschaftlichen Beziehungen ist nicht nur ein Weg zur politischen Verständigung, sondern auch eine

Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung unseres Landes, für einen wirklichen Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit. (Abg. Dr. Pittermann: Währungsabwertung schlagen Sie keine vor?) Die haben Sie schon durchgeführt!

Meine Damen und Herren! Niemand, der die Entwicklung in der Welt verfolgt, kann daran zweifeln, daß wir entscheidenden Wochen und Monaten entgegengehen. Immer stärker wird der Druck der öffentlichen Meinung in der ganzen Welt für die Beendigung des Kalten Krieges, für die internationale Verständigung. (Abg. Dr. Pittermann: In der Stalin-Allee gestern! — Gegenrufe des Abg. Honner.) Damit eröffnet sich auch die Perspektive auf den Abschluß des Staatsvertrages, denn der Staatsvertrag kann ja nur das Ergebnis der Verständigung der Großmächte sein. (Abg. Dr. Pittermann: Wo Arbeiter im Freiheitskampf stehen, sind wir immer auf Seite der Arbeiter! Ihr dürft das nicht mehr!) Wenn Sie aus Berlin eine Lehre zu ziehen haben, so sollen besonders die Herren Olah und die anderen Spezialisten die Lehre daraus ziehen, daß alle Provokationen zum Scheitern verurteilt sind. (Abg. Doktor Pittermann: Sie bekennen sich zum Arbeitermord! Ihr bekennst euch zu den Maschinengewehren!)

Der Friedens- und Verständigungswille unseres Volkes steht außer Zweifel. Das österreichische Volk sieht in den Freundschaftsakten der Sowjetunion eine Ermunterung und Ermutigung in seinem Kampf für ein wirklich freies, demokratisches und unabhängiges Österreich. Das Volk hat das Recht, von der Regierung zu verlangen, daß sie alles tut, um die Atmosphäre des Hasses und des Mißtrauens abzubauen und mitzuwirken, der Sache des Friedens und der Verständigung in der Welt zum Sieg zu verhelfen. Wer Österreich dienen will, muß sich in den Dienst der Verständigung stellen!

**Präsident:** Zum Wort ist weiter gemeldet der Herr Abg. Jonas. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Jonas:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Als im April 1945 die russische Armee österreichischen Boden betrat, ließ Marschall Tolbuchin eine Proklamation anschlagen. In ihr wurde der österreichischen Bevölkerung mitgeteilt, daß die Rote Armee nicht als Eroberungs-, sondern als Befreiungsmacht in Österreich einrücken. Durch diese Proklamation erfuhr die österreichische Bevölkerung auch, daß am 1. November 1943 bei einer Zusammenkunft der Alliierten in Moskau in einer Deklaration die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreich vereinbart wurde.

## 12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 18. Juni 1953 295

Seit der Moskauer Deklaration sind nun fast zehn Jahre, seit der Befreiung Österreichs sind bereits acht Jahre vergangen, und nun können wir feststellen, daß die seinerzeit von den Alliierten freiwillig und ohne Zwang abgegebene Erklärung über ein freies und unabhängiges Österreich noch immer nicht in die Tat umgesetzt wurde.

Das österreichische Volk hat alle Pflichten und Aufgaben, die ihm der Neuaufbau der Republik, die Wiederherstellung der demokratischen Einrichtungen und die Beseitigung der ungeheuren Kriegsschäden auferlegt hat, mit Fleiß, Geduld und redlichem Willen erfüllt. Es darf daher mit Recht erwarten, daß seine Leistungen zur Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreich anerkannt werden und daß die alliierten Mächte auch ihrerseits alle Versprechungen und Verpflichtungen, die sie gegenüber der Welt und Österreich eingegangen sind, erfüllen.

Am 28. Juni 1946 haben die Besatzungsmächte in Wien ein Kontrollabkommen verabredet, das ihre Machtbefugnisse in ihrem Verhältnis zur österreichischen Regierung und zur österreichischen Volksvertretung festlegt. Dieses Kontrollabkommen ist de facto ein Bestandteil der österreichischen Verfassung geworden, obwohl in ihm folgende Bestimmung enthalten ist: „Die vier Mächte sollen nicht später als sechs Monate nach dem heutigen Tage bezüglich seiner Abänderung gemeinsame Beratungen aufnehmen.“ Diese Beratungen sind meines Wissens nicht aufgenommen worden, und wesentliche Bestandteile des Kontrollabkommens sind noch immer in Kraft und sind schwere Belastungen für Österreich. Aus den sechs Monaten sind sieben Jahre geworden, und von einer De jure-Revision wird überhaupt nicht mehr gesprochen.

Das österreichische Volk hat immer eine Abänderung des Kontrollabkommens mit Recht erwartet, denn seit seiner Erlassung im Jahre 1946 hat sich in der Welt und vor allem auch in Österreich viel geändert. Die Besatzungsmächte haben diesen Veränderungen fast nicht oder nur zögernd Rechnung getragen. Wie unwürdig und beschämend sich immer noch manche Bestimmungen des Kontrollabkommens auswirken, zeigt die Tatsache, daß die Beschlüsse der österreichischen Volksvertretung im Nationalrat und in den Landtagen noch immer die Sanktion der Besatzungsmächte brauchen, um rechtskräftig werden zu können.

Im Jahre 1946 hat der damalige Abgeordnete Seitz anlässlich der Beschließung eines Gesetzes auf die jeder Demokratie hohn-

sprechende Bevormundung der österreichischen Volksvertretung hingewiesen und einen aufröhrenden Appell an die demokratischen Länder der Welt gerichtet. Er forderte sie damals auf, die österreichische Demokratie zu schützen und zu respektieren, um ihre eigenen Demokratien nicht in Gefahr zu bringen. Das war in der ersten Gesetzgebungsperiode des österreichischen Nationalrates. Der Appell des Abg. Seitz ist wirkungslos geblieben. In der jetzigen, der dritten Gesetzgebungsperiode des Hauses sind noch immer beschämende Vorschriften des Kontrollabkommens wirksam.

Warum steht die österreichische Volksvertretung noch immer unter dieser entehrenden Bevormundung? Hat sie sich als störrisch oder schwer erziehbar erwiesen? Oder gestattet der Vergleich mit anderen Ländern nicht eher die Feststellung, daß die österreichische Volksvertretung sich ihrer Verantwortung bewußt ist und unter sehr schwierigen Verhältnissen in einwandfreier demokratischer Art ihre Aufgaben erfüllt hat? (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten. — Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die heutige Sitzung des österreichischen Nationalrates gibt uns die Gelegenheit, den demokratischen Völkern den Appell des Abg. Seitz in Erinnerung zu bringen und zu sagen, daß sich an unserer Auffassung seit damals nichts geändert hat, daß das österreichische Parlament die gleichen Rechte fordert, die jedes andere demokratische Parlament selbstverständlich in Anspruch nimmt. (*Erneuter Beifall bei der SPÖ.*) Das international anerkannte demokratische Selbstbestimmungsrecht der Völker darf der österreichischen Volksvertretung nicht mehr länger vorenthalten bleiben.

Wir wollen nicht in den Verdacht kommen, naive Menschen zu sein. Wir wissen schon, daß unsere Besatzungsmächte die militärischen Sieger des zweiten Weltkrieges sind, und wir wissen auch, daß dem Sieger nach völkerrechtlichen Begriffen Rechte zustehen. Aber wir sind der Auffassung, daß im 20. Jahrhundert das frühere Recht des Siegers modifiziert sein müßte durch die modernen und international anerkannten Grundsätze der Demokratie, der Humanität und der Toleranz. (*Beifall bei den Sozialisten.*)

Wir wollen auch nicht den Eindruck erwecken, als ob wir undankbare Menschen seien. Wir danken den Vereinigten Staaten für die lebensnotwendige Unterstützung durch die Marshall-Hilfe im Betrage von mehr als einer Milliarde Dollar und für den im Jahre 1947 erfolgten Verzicht auf die Besatzungskosten. Aber es soll niemand glauben, daß wir uns nicht auch über die nun endlich erfolgte bedingte Beseitigung der aufreizenden Zonen-

## 296 12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 18. Juni 1953

kontrolle durch die russische Besatzungsmacht freuen würden.

Wir freuen uns, daß in der letzten Zeit eine günstigere Atmosphäre eingetreten ist und nun endlich, wenn auch sehr spät, gewisse Erleichterungen von seiten der russischen Besatzungsmacht zugestanden wurden. Wir hoffen, daß es damit nicht sein Bewenden hat, sondern daß schrittweise weitere Erleichterungen und Verbesserungen zugestanden werden.

Wir müssen aber vor allem am heutigen Tag mit aller Entschiedenheit jene Fragen wiederholen, die die gesamte österreichische Bevölkerung seit Jahren stellt, ohne bisher eine Antwort bekommen zu haben: Was ist mit dem österreichischen Staatsvertrag? (*Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.*) Was ist mit der Freiheit und Unabhängigkeit, die man „Österreich, dem ersten freien Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer gefallen ist“, in der Moskauer Deklaration versprochen hat?

Bisher haben bereits 260 Sitzungen der Sonderbeauftragten für den österreichischen Staatsvertrag stattgefunden, und obwohl wir auf der einen Seite mit Befriedigung das Bemühen sehen, zu einem Abschluß des Staatsvertrages zu kommen, so erfüllt uns doch das Verhalten der anderen Seite mit tiefer Enttäuschung. Wir erkennen die Schwierigkeiten in der internationalen Politik keineswegs und wissen, daß auf dem Wege der internationalen Verständigung noch viele Steinblöcke wegzuräumen sind. Wenn aber auf allen Seiten die aufrichtige Bereitschaft vorhanden ist, die verworrene und erstarrte Situation aufzulockern, dann ist der erste und leichteste Schritt hiezu der Abschluß des österreichischen Staatsvertrages, weil über seine meisten und wichtigsten Fragen bereits vollkommenes Einverständnis erzielt wurde. Wir richten deshalb an die Alliierten den ebenso dringenden wie herzlichen Appell, Österreich den Staatsvertrag und damit die volle Unabhängigkeit und Freiheit zu geben.

Die Erleichterungen, die die russische Besatzungsmacht in der letzten Zeit gewährt hat, haben in der Bevölkerung lebhaftes Echo gefunden und begreiflicherweise viele Hoffnungen erweckt. Sosehr auch wir Sozialisten uns darüber freuen, so müssen wir doch feststellen, daß wir sie nur als anfängliche und bescheidene Abschlagszahlungen betrachten können. Wir sind nicht der gleichen Meinung, die in der vergangenen Woche in einer Wiener Tageszeitung geäußert wurde, daß nunmehr bloß noch ein kleiner und ein großer Wunsch zu erfüllen seien, und zwar die Aufhebung der Briefzensur als kleiner und die Unabhängigkeit als großer Wunsch. So weit sind wir leider noch nicht. Die Liste der berechtigten Wünsche und

Beschwerden, die wir — nicht nur an die russische Besatzungsmacht — zu richten haben, ist bedauerlicherweise noch immer sehr lang, und ich möchte aus ihr jetzt nur einige wenige aufzählen.

Noch immer befinden sich österreichische Kriegsgefangene in Rußland. Für sie und ihre Familien ist der Krieg noch immer nicht zu Ende. (*Abg. Rosa Jochmann: Sehr richtig!*) Laßt sie endlich nach Hause gehen! (*Starker anhaltender Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.*)

Noch immer befinden sich fremde Soldaten auf österreichischem Boden. Solange sie in Österreich sind, ist auch für diese Soldaten und ihre Familien der Krieg nicht zu Ende. Laßt auch sie endlich nach Hause gehen! (*Erneuter lebhafter Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.*) Solange man sich aber zu diesem Schritt nicht entschließen kann, soll man wenigstens auf die Bezahlung der Besatzungskosten durch die österreichische Bevölkerung verzichten. (*Zustimmung.*)

Noch immer besteht eine unwürdige Brief-, Telefon-, Telegramm- und Radiozensur. In kolonialen Ländern hebt man Ausnahmsrechte fremder Staaten auf, in Österreich besteht jedoch noch immer die Militärgerichtsbarkeit der Besatzungsmacht.

Unsere Ämter, Behörden und öffentlichen Funktionäre klagen, daß die Besatzungsmacht noch immer Willkürakte vornimmt und sich ohne Berechtigung in rein innerösterreichische Angelegenheiten einmengt. So hat die russische Besatzungsmacht vor kurzem wohl zugestimmt, daß Bezirkspolizeileiter der russischen Zone in Wien, die nach den Ereignissen des Jahres 1950 wegen Dienstverletzungen pensioniert wurden, nun endlich abgesetzt werden, aber sie hat gleichzeitig darauf bestanden, daß als neue Leiter dieser Polizeistellen wieder kommunistische Polizeibeamte eingesetzt werden. (*Hört! Hört! Rufe bei der SPÖ.*)

Vor mehr als Jahresfrist hat die russische Besatzungsmacht versprochen, daß keine Wohnungsbeschlagnahmen mehr vorgenommen werden. Erst am 6. Juni dieses Jahres wurden durch die Kommandantur eines russisch besetzten Wiener Gemeindebezirkes jedoch wieder zwei Wohnungen beschlagnahmt.

In Niederösterreich wurden im Monat Mai mehrere Fälle bekannt, in denen österreichische Zivilpersonen wegen rein innerösterreichischer Angelegenheiten von den russischen Bezirkskommandanturen vorgeladen wurden. Im Monat Mai wurden von Offizieren der russischen Besatzungsmacht eine Reihe von Grenzgendarmerieposten und Zollwachabteilungen besichtigt und kontrolliert. Die Stadtkommandanten mehrerer Bezirke haben Betriebe aufgesucht und von den Arbeitern und

## 12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 18. Juni 1953 297

Betriebsinhabern die Beantwortung von innerbetrieblichen Fragen verlangt.

Besondere Schwierigkeiten werden österreichischen Stellen durch die unverantwortliche finanzielle Gebarung der sogenannten USIA-Betriebe bereitet. Daß die USIA-Verkaufsläden keine Steuern bezahlen und damit den österreichischen Staat schädigen, ist bekannt. Weniger bekannt ist die Tatsache, daß die USIA-Betriebe an österreichische Institutionen schwer verschuldet sind. Die österreichischen Stellen bemühen sich seit Jahr und Tag um die Bezahlung dieser Schulden, doch ist bisher trotz ununterbrochener Interventionen bei allen auch nur halbwegs in Frage kommenden russischen Stellen eine Besserung nicht zu bemerken. So verzeichnet die niederösterreichische Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte, daß die unter USIA-Verwaltung stehenden Firmen in Niederösterreich am 1. Juni dieses Jahres Beiträge in der Höhe von 13,812.360 Schuldig sind. Die Wiener Gebietskrankenkasse meldet mit dem gleichen Stichtag einen Beitragsrückstand der USIA-Betriebe von insgesamt 23,679.546 S. (Abg. Weikhart: *Zahlen nix gut! — Heiterkeit.* — Abg. Koplenig: *Wieviel ist der Waldbrunner schuldig?*) Besonders aufreizend an dieser Tatsache ist der Umstand, daß den Angestellten und Arbeitern der USIA-Betriebe die Beiträge zur Sozialversicherung abgezogen wurden. Ihre Nichtabführung an die Krankenkasse ist in Wirklichkeit das Verbrechen der Unterschlagung.

Die Wiener städtischen Unternehmungen verzeichnen ebenfalls hohe Schuldenkonti der USIA-Betriebe. Am 30. Mai dieses Jahres schuldeten sie für bezogenen elektrischen Strom den Betrag von 8,038.943 S. Dieser Betrag erhöhte sich im Verlauf von zehn Tagen auf 8,253.347 S. (Abg. Koplenig: *Zählen Sie die SP-Betriebe auf, wieviel die schuldig sind!* — Abg. Slavik: *Gar nichts!*) Den Gaswerken schulden die USIA-Betriebe für bezogenen Gas per 30. Mai dieses Jahres (*lebhafte Zwischenrufe bei der Volksopposition*) — ich bitte die Herren von der Volksopposition, aufzupassen! — 2,719.121 S. (Abg. Koplenig: *Die Steuerschulden der SP-Betriebe müssen Sie aufzählen!*) Diese Schuld erhöhte sich bis zum 10. Juni, also im Verlauf von zehn Tagen, auf 3,160.709 S.

Mir ist bekannt, daß manche niederösterreichischen Gemeinden unter den gleichen Verhältnissen leiden. Was würde unsere Bevölkerung dazu sagen, wenn einmal aus diesen Gründen die Krankenkassen ihre Leistungen gegenüber den Versicherten nicht mehr erfüllen könnten (Abg. Honner: *So schaut ihr aus!* — *Gegenrufe bei der SPÖ.* — Abg.

Honner: *Ihr seid Provokateure!*) oder wenn einmal an die Angestellten der diesen Anstalten unterstellten Betriebe kein Lohn ausbezahlt werden könnte? (*Anhaltende Rufe und Gegenrufe zwischen Abg. Honner und Abgeordneten der SPÖ.*)

In den Wiener Randgemeinden wurden im Jahre 1945 wie in vielen anderen Orten von der russischen Besatzungsmacht Ortsvorsteher eingesetzt. Seit dieser Zeit hat die Bevölkerung bereits bei drei Wahlen ihre politische Meinung dokumentiert. Die politische Zusammensetzung der Bevölkerung ist also bekannt. Trotzdem sind in vier dieser Randgemeinden die seinerzeit eingesetzten Ortsvorsteher über Auftrag der russischen Besatzungsmacht noch immer in Amt und Würden, obwohl sie vom seinerzeitigen Bürgermeister von Wien, Dr. Theodor Körner, auf Grund der Wahlergebnisse abberufen wurden. Diese vier Ortsvorsteher gehören der Kommunistischen Partei an.

Die Nachrichten, welche die Zeitungen über die gestrigen Vorfälle in Melk bringen, werden auf die österreichische Bevölkerung sehr ernüchternd wirken. Wie kann die russische Besatzungsmacht das blindwütige Herumschießen ihrer Soldaten rechtfertigen? (Abg. Dr. Pittermann: *Er hat „Verständigungs-politik“ mit der Puschka betrieben!*) Wenn Gesundheit und Leben unserer Mitbürger in so sinnloser Art gefährdet ist, müssen wir von der russischen Besatzungsmacht dafür Rechenschaft verlangen. (Abg. Dr. Pittermann: *Sehr richtig!*)

Wenn die Sozialistische Partei oder ihre Abgeordneten im Parlament berechtigte Wünsche und Beschwerden erheben oder Mißstände aufzeigen, dann trägt es ihnen in der Regel den Vorwurf der Russenhetze und der Unfreundlichkeit gegen die Sowjetunion ein. Ich bin mir darüber im klaren, daß dies auch nach meinen jetzigen Ausführungen der Fall sein wird. Aber ich sage Ihnen, daß wir österreichischen Sozialisten diesen, wenn auch unberechtigten Vorwurf auf uns nehmen; denn wir würden uns vor dem österreichischen Volk schämen, wenn man uns den Vorwurf machen könnte, daß wir Mißstände und begangenes Unrecht mit unserem Schweigen decken und damit die Interessen der österreichischen Republik und vor allem der österreichischen Arbeiter und Angestellten mißachten. (*Starker Beifall bei den Sozialisten.*)

Der Herr Abg. Koplenig hat im Verlauf seiner Rede von einem Bankrott der Politik gesprochen. Er hat sich zu ungenau ausgedrückt. Er hat das Haus im unklaren gelassen, ob er den Bankrott der Politik in den Volksdemokratien oder bei uns meint. (*Leb-*

## 298 12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 18. Juni 1953

*hafter Beifall bei der SPÖ.)* Und wenn er am Schluß seiner Ausführungen sagte — gerichtet an die Adresse des Herrn Nationalrates Olah —, daß Provokationen in Ost-Berlin abgewehrt wurden, dann ist das ein neuerlicher Beweis dafür, wie tief die Kommunistische Partei in Österreich gesunken ist (*lebhafte Zustimmung bei der SPÖ*), wenn sie das Auffahren von Panzern und das Schießen in demonstrierende Arbeitermassen als die Unterdrückung einer Provokation bezeichnet. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Pittermann: Holt euch den Spezialisten vom 15. Juli!*)

Die österreichische Republik und die österreichische Demokratie sind eine Herzensangelegenheit der Sozialisten. Sie haben in der Vergangenheit und in der Gegenwart für sie schwere Opfer und Entbehrungen gebracht, und sie wehren sich gegen jedes Unrecht, das Österreich angetan wird. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das Recht ist auf unserer Seite! Kleine Völker haben zur Verteidigung ihrer Rechte keine andere Möglichkeit zur Verfügung als den Appell an das Weltgewissen. Österreich wird sich an das Unrecht nicht gewöhnen, es wird um sein Selbstbestimmungsrecht kämpfen! (*Starker Beifall bei den Sozialisten.*)

Und so erheben wir auch heute wieder im österreichischen Nationalrat die Aufforderung an die demokratische Welt, Österreich das zu geben, was es zum Leben braucht: seine Freiheit und Unabhängigkeit! (*Starker anhaltender Beifall bei den Sozialisten.*)

**Präsident:** Als nächster Redner ist zum Worte gemeldet der Herr Abg. Reimann. Ich erteile ihm das Wort. (*Die Abgeordneten der Sozialistischen Partei verlassen geschlossen den Sitzungssaal. — Abg. Zeillinger: Angst haben Sie! — Abg. Dr. Kraus: Solche Angst haben Sie? — Abg. Olah: Angst? Vor dem Kindskopf!*)

**Abg. Dr. Reimann:** Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler hat in seiner heutigen Erklärung die Maßnahmen der Sowjets aufgezählt, welche die Beziehungen zwischen der Besatzungsmacht und der österreichischen Bevölkerung angenehmer und freundlicher gestaltet haben. Er hat ferner angekündigt, daß die Regierung bemüht sein wird, weitere günstige Maßnahmen beim sowjetischen Besatzungselement durchzusetzen und als Krönung des Ganzen den Staatsvertrag zu erreichen.

Auch wir Abgeordneten der Wahlpartei der Unabhängigen begrüßen die Maßnahmen der Sowjets, die eine Erleichterung der bedrückenden Besatzungslasten mit sich bringen. Wir begrüßen es ferner, daß der Bundes-

kanzler die sowjetischen Maßnahmen als eine Art Abschlagszahlung für eine Verpflichtung bezeichnet, die sämtliche Weltmächte, also auch die Sowjetunion, durch ein feierliches Versprechen auf sich genommen haben.

Es war falsch, wie es von höchster Seite in der ersten angenehmen Überraschung geschehen ist, von Dankbarkeit dort zu sprechen, wo es sich um ein Recht handelt, und es war vor allem deshalb falsch, weil dadurch leicht der Eindruck in der Welt entstehen konnte, als ob die Österreicher für jeden Brosamen dem die Hände küssen, der ihnen das Recht der staatlichen Souveränität vorenthalten hat. (*Beifall bei der WdU.*) Zu Freudenkundgebungen, an denen die Spitzen der Landesregierung, der Behörden und der Stadtverwaltung teilnehmen, ist es erst Zeit, wenn der letzte fremde Soldat den Boden unserer Heimat verlassen hat. (*Erneuter lebhafter Beifall bei der WdU.*)

Der Herr Bundeskanzler appellierte an anderer Stelle an alle Kreise der Bevölkerung, jede überflüssige Spitze gegen das sowjetische Besatzungselement zu unterlassen. Auch wir teilen diese Ansicht, nur müssen wir uns davor hüten, aus Erwägungen augenblicklicher Vorteile heraus vielleicht jenen Menschen einen Vorwurf zu machen, die in kritischen Tagen Haltung und Charakter bewahrt haben. (*Abg. Dr. Kraus: Sehr richtig!*)

Der letzte Krieg kostete Europa allein an die 20 Millionen Menschen, und als Preis dieser Opfer wurden einer wunden Welt vier Freiheiten und damit die Rettung der Menschenwürde versprochen. Es ist hier nicht der Platz, über die Frage zu diskutieren, wieweit die Versprechungen in der übrigen Welt eingelöst wurden. In unserem Vaterlande haben sie jedenfalls die alliierten Mächte nicht verwirklicht. Und jene Männer und Frauen, die den Mut hatten und haben, in Rede und Schrift gegen Unrecht, gegen Übergriffe, gegen die Verletzung der Menschenwürde und gegen Menschenraub zu Felde zu ziehen, verdienen Dank und Anerkennung. (*Beifall bei der WdU. — Abg. Dr. Kraus: Sehr richtig!*) Sollte sich im Laufe der augenblicklichen Ereignisse herausstellen, daß das, wogegen mit Recht angekämpft worden war, abgebaut wird, dann werden auch alle Spitzen, insbesondere die überflüssigen, von selbst aufhören.

Wir sind uns wohl alle klar darüber, daß die gegenwärtige günstigere Atmosphäre zwischen Österreich und dem sowjetischen Besatzungselement nicht aus Liebe zu Österreich, sondern aus nüchterner Berechnung der Sowjets entstand und deshalb niemandes Verdienst in unserem Lande ist, am wenigsten das der Kommunisten. Ihnen blieb es auch heute vor-

## 12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 18. Juni 1953 299

behalten, störend und landesverräterisch gewirkt zu haben. (*Zustimmung bei der WdU.*) Sie benehmen sich heute wie aufgeblähte Trutthähne und wollen den Dank des Vaterlandes für eine Leistung kassieren, die sie gar nicht vollbracht haben. Ihr Redner tat so, als ob er alles schon seit langem vorausgewußt und vorausgesagt hätte. Nun, meine Damen und Herren, nichts gegen die prophetische Gabe des Herrn Koplenig! Aber die Wende in der sowjetischen Außenpolitik seit Stalins Tod haben am wenigsten die Kommunisten in den verschiedenen Ländern vorausgesehen, weil sonst manch hoher Politiker in den sogenannten Satellitenstaaten seine Linie rechtzeitig in die derzeit geltende eingelenkt hätte, die verschieden ist von der Linie zu Stalins Lebzeiten.

Daß sich die Veränderungen in der kommunistischen Parteiführung Österreichs bis jetzt anscheinend noch nicht ausgewirkt haben, beweist die geringe Bedeutung, welche die Sowjets der Kommunistischen Partei Österreichs beimesse. (*Zustimmung und Heiterkeit bei der WdU.*) Da wir aus den Erfahrungen mit der russischen Außenpolitik seit der Revolution wissen, daß sie, durch keinerlei Ressentiments irritiert, stets von realpolitischen Erwägungen geleitet wird, dürfen wir auch die sowjetischen Maßnahmen in unserem Land nur von dem Gesichtspunkt aus betrachten, daß die Sowjetunion eine Entspannung der weltpolitischen Lage wünscht. Zu diesem Zweck trifft sie nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen Ländern, insbesondere in Ostdeutschland, Verfügungen, welche die Welt von ihrem guten Willen überzeugen sollen. Dabei kann es allerdings vorkommen, daß, wie gegenwärtig in Berlin, die Regie den Veranstaltern aus den Händen gleitet und aus einer Theaterdemonstration eine wirkliche Demonstration der Freiheit gegen die Unterdrückung wird. Es ist auch hier bezeichnend, daß der Abg. Koplenig als Ausweg gegen die Demonstration freiheitsliebender und arbeitender Menschen den Einsatz von Panzern preist.

Wir wissen nun nicht, was für ein Ziel die Sowjetunion als letztes anstrebt. Wir können aus der derzeitigen Lage nur entnehmen, daß sie eine günstige Atmosphäre für die Besprechungen der vier Großmächte schaffen will. Das Nahziel dabei ist zweifellos, bei den Westmächten Verwirrung zu schaffen und zu verhindern, daß die westdeutsche Bundesrepublik in die Verteidigungsfront des Westens einzbezogen wird. Darüber eine Meinung abzugeben, steht uns hier in diesem Hause nicht zu. Wir bedauern nur, daß die Haltung der westlichen Verbündeten in den letzten Wochen das Vertrauen der freiheitsliebenden Menschen der Welt in die Widerstandskraft des Westens stark erschüttert hat.

Die Politik der österreichischen Regierung den Sowjets gegenüber kann nur von dem Gesichtspunkt geleitet sein, daß auch für sie keinerlei Ressentiments, sondern nur realpolitische Erwägungen zu gelten haben. Es heißt heute, die Zeit zu nutzen. Wir wissen nicht, wie lange diese günstige Atmosphäre herrscht. Es ist deshalb notwendig, in dieser Zeit all das herauszuholen, was uns der Erbringung unserer vollen Souveränität näherbringt und das Besetzungsverhältnis erleichtert. Die österreichische Regierung scheint sich nun endlich vorgenommen zu haben, auf außenpolitischem Gebiet eine größere Aktivität zu zeigen und von ihrem bisherigen Grundsatz abzugehen, daß man bei dem, was man nicht tut, auch keine Rückschläge zu erwarten hat.

Vor allem soll man die Abschaffung all der Maßnahmen durchzusetzen trachten, welche besonders demütigend für ein freiheitsliebendes Volk sind, wie beispielsweise die vom Herrn Bundeskanzler angeführte Briefzensur und Militärgerichtsbarkeit und die vom Herrn Bundeskanzler nicht angeführte Preszensur.

Wenn auch, wie der Herr Bundeskanzler sagte, der Staatsvertrag die Krönung sein soll, so wäre es doch günstig, auch andere für Österreich lebenswichtige Fragen, wie beispielsweise die des Osthandels, einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Diese Frage ist natürlich nur in Verbindung mit dem Problem der USIA-Betriebe zu lösen, doch soll alles getan werden, damit man auch hier weiterkommt. Die Regierung soll bemüht sein, aus der augenblicklichen Lage heraus Handelsverträge durchzusetzen, die günstige Bedingungen enthalten.

Ein moralischer Vorwurf, der vielleicht von der einen oder anderen westlichen Besatzungsmacht erhoben werden sollte, kann uns nicht treffen, denn erstens handelt es sich bei Österreich zweifellos um keine Kriegsmateriallieferungen, und zweitens müßten sich zuerst die Mächte, die eine solche Haltung fordern, selbst daran halten, und drittens muß uns klar sein, daß mit einer Voraussetzung zur Wahrung des Weltfriedens ist, daß die wirtschaftlichen Schranken zwischen West und Ost fallen.

Die Richtungsänderung der sowjetischen Außenpolitik in der letzten Zeit bestärkt bei vielen Menschen den Glauben, daß der Friede der Welt erhalten werden kann. Für uns in Österreich verbindet sich auch damit die Hoffnung, daß wir endlich auch die staatliche Souveränität erringen können. Die österreichische Regierung darf aber bei allem, was sie unternimmt, um das angestrebte Ziel zu erreichen, zwei Grundsätze nicht außer acht lassen: erstens, daß man auch bei strengstem realpolitischem Vorgehen niemals die nationale Würde preisgeben darf, sowohl in der Haltung

## 300 12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 18. Juni 1953

dem Verhandlungspartner gegenüber als auch in der Bewahrung der ideellen und materiellen Interessen, welche unser demokratisches Leben und unser Leben in Freiheit und wirtschaftlicher Sicherheit garantieren, und zweitens, daß wir uns in Österreich zu der Welt bekennen, welche die Freiheit des Einzelwesens und die Entfaltung der Persönlichkeit als eine Magna Charta ihres Willens verkündet.

Sosehr wir deshalb auch aus Gründen der Humanität ebenso wie auf Grund der furchtbaren Erfahrungen, die wir in den Kriegen der Vergangenheit gemacht haben, den Frieden ersehnen, so wissen wir doch alle, daß der Friede nicht mit der Freiheit erkauft werden kann und auch nicht mit der Aufopferung von Grundsätzen, die unserem Leben erst einen höheren Sinn geben.

Wir in Österreich brauchen nicht Weltpolitik zu betreiben. Für die Welt von heute sind die verantwortlich, die sie 1945 so eingerichtet haben. Sie müssen deshalb auch eine Lösung finden. Wir in Österreich, das allerdings an der Grenzlinie liegt, wo die Interessen aufeinanderprallen, können nur durch die Klugheit und durch die Tapferkeit unserer Haltung der Welt ein Beispiel geben.

Wir Abgeordneten der Wahlpartei der Unabhängigen sind uns klar, daß in einer so entscheidenden außenpolitischen Frage wie der vorliegenden über alle sonstigen innenpolitischen Gegensätze hinweg der einheitliche Wille der gesamten Bevölkerung vor aller Welt offenbar werden muß. Wir unterstützen deshalb auch von unserer Seite die Bemühungen der Regierung, wenn sie von dem Geiste getragen sind, der aus den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers sprach. Bei der realpolitischen Ausnutzung aller Vorteile, welche die augenblickliche Lage zu bieten vermag, kann als Endziel doch nur das eine verfolgt werden: ein freies Österreich in einem freien Europa! (*Lebhafter Beifall bei der WdU.*)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist noch der Herr Abg. Dr. Gschnitzer. Ich erteile ihm das Wort. (*Die sozialistischen Abgeordneten kehren wieder in den Sitzungssaal zurück.*)

**Abg. Dr. Gschnitzer:** Hohes Haus! Durch den Herrn Bundeskanzler hat die österreichische Regierung zum österreichischen Volk gesprochen. Durch uns, die freigewählten Abgeordneten, spricht das österreichische Volk zu seiner Regierung, zu Europa, zur Welt. Lauter aber als unsere Stimmen, fürchten wir, tönen die Schüsse und die Schreie einer anderen, viel unglücklicheren Stadt Europas.

Die Erklärung unserer Regierung faßt eine Reihe erfreulicher Tatsachen zusammen, Tatsachen, die uns im Laufe der letzten Monate bekannt wurden. Sie gipfeln in der am 8. Juni

überraschend verfügten Aufhebung der ständigen Kontrolle an den Demarkationslinien der sowjetischen Besatzungszone. Was hat das österreichische Volk dazu zu sagen? Ich will mich bemühen, ein getreues Stimmungsbild zu geben.

Die ersten Äußerungen waren die spontane Freude. Und wie konnte es auch anders sein? Erinnern wir uns an jene Zeiten, da am Semmering und an der Enns hüben und drüben kontrolliert wurde. Erinnern wir uns daran, daß auch im Ennstal, daß auf beiden Seiten des Tauerntunnels, daß bei Hochfilzen die Ausweise vorgezeigt werden mußten. In wieviel Teile war damals unser armes Land zerrissen! Wie groß war die Erleichterung, als die Kontrollen zwischen den Zonen der westlichen Besatzungsmächte fielen und als dann am Semmering und an der Enns nur noch auf einer Seite kontrolliert wurde.

Damit zugleich wurde uns aber gerade diese Zonengrenze umso schmerzlicher bewußt. Was in den ersten Zeiten irgendwie als militärisch-politische Notwendigkeit erscheinen konnte, wurde zuletzt als Formalität und Schikane empfunden, zugleich als Symbol und Geßlerhut unserer Unfreiheit, gewiß auch nicht zum Nutzen des Machthabers, der diesen Geßlerhut so lange auf der Spalte seiner Bajonette aufpflanzte. Aber eben deswegen muß auch die Aufhebung dieser Kontrolle als Symbol aufgefaßt werden und geht wie bei jedem Symbol die Tragweite der Maßnahme weit über ihren tatsächlichen Inhalt hinaus. Es handelt sich nicht um die halbe Stunde, die man nunmehr mit dem Zug schneller von Linz nach Wien und von Wien nach Linz kommen kann, es handelt sich um das Gefühl, im eigenen Land frei zu sein! Und es wird sich um ein für uns sehr Wichtiges handeln, darum, daß in einem Land des Fremdenverkehrs auch der Fremde wieder frei über alle Zonengrenzen verkehren kann. Deshalb schließen wir gleich die Bitte an, daß auch den Fremden die entsprechenden Erleichterungen gewährt werden.

Das Allerwichtigste aber ist, daß zwischen dem Osten und dem Westen Österreichs auch nicht die Spur einer Grenze sei, auch keine unsichtbare Grenze der Furcht, auch kein Schleier der Unsicherheit, kurz, daß es sinnlos wird, von West- und Ostösterreich zu sprechen, weil es nur ein Österreich gibt. (*Beifall bei der ÖVP.*) Nicht, daß die Aufhebung der Kontrolle schon das alles herbeiführte, erreicht wird das erst durch den Staatsvertrag und die Beendigung der Besetzung. Allein die Aufhebung der Kontrolle ist ein Symbol dafür, ein Sinnbild unserer hoffentlich bald wiedererstehenden Freiheit. Als solches hat das österreichische Volk sie

## 12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 18. Juni 1953 301

spontan empfunden und richtig empfunden. Begreiflich, wenn diese Stimmung dort am elementarsten zum Ausdruck kam, wo die Zonengrenze mitten durch ein Land und mitten durch seine Hauptstadt ging, in Oberösterreich und Linz. Wir brauchen uns solcher Freude nicht zu schämen.

Ich glaube, daß die ersten Regungen unseres Volkes damit richtig geschildert sind. Seine zweite Regung, das darf gleichfalls nicht verschwiegen werden, war die des Mißtrauens. Auch sie ist verständlich. Was will man damit ?, fragten die Leute. Was hat man mit uns vor ?, fragte dieses so oft schon enttäuschte Volk, dieses Volk, das schon oft befreit wurde, um in neue drückende Ketten gelegt zu werden. Die einen meinten: zuerst die Peitsche, das brutale Nein gegenüber dem Staatsvertrag, und dann das Zuckerbrot, soll heißen, einige Zuckerln. Die anderen sagten: Man will uns kirre machen; weil man gesehen hat, daß die rauhe Tonart nicht anschlägt, schlägt man sanftere Töne an. Man will uns nicht wirklich wohl, sondern man will uns fangen. Klassisch Gebildete zitierten das „timeo Danaos et dona ferentes“ und sprachen vom Trojanischen Pferd, und das Volk vom Spiel der Katze mit der Maus.

Mit Absicht verschweige ich diese Stimme des Mißtrauens nicht. Politik ist nicht nur eine Sache der Oberen; nicht hoch genug ist die Stimmung des kleinen Mannes ins Kalkül zu ziehen. Die Beseitigung eines so tief eingewurzelten und leider begründeten Mißtrauens ist nicht eine Sache von heute auf morgen; Vertrauen kann nur durch ehrliche und stetige Zusammenarbeit gewonnen werden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Aus spontaner Regung und erster Reaktion hat sich inzwischen die haltbare Mitte gebildet, wie sie der Herr Bundeskanzler gezeichnet hat. Es ist ja nicht nur die Aufgabe der Regierung und der Volksvertretung, die Stimmung des Volkes zu registrieren. Unsere Aufgabe ist es auch, seine Irrtümer richtigzustellen und seine Einstellung formen zu helfen. Die Aufhebung der ständigen Zonenkontrolle — hoffentlich bleibt die fallweise seltener Ausnahmsfall — ist eine unleugbare tatsächliche, und mehr noch psychologische Erleichterung.

Es wäre zwar ungerecht, zu vergessen, daß die westlichen Alliierten längst vorausgegangen sind. Nichtsdestoweniger verdient die Maßnahme unseres aufrichtigen Dank. Wir können wie bei Wallenstein sagen: „Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt!“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dieser Dank gebührt auch unserer Regierung. Mit dieser Sammelbezeichnung meine ich nicht nur die heute im Amt befindliche, ich meine die Generallinie, die unsere Regierungen seit 1945 verfolgt haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun hieße es, Österreichs Kraft und Einfluß gefährlich überschätzen, wenn wir glaubten, daß die eingetretenen Erleichterungen geradezu Erfolge dieser Regierung darstellen, ebenso wie es ungerecht wäre, die Nichterreichung des Staatsvertrages als Mißerfolg dieser Regierung zuzuschreiben. Und noch kindischer käme es mir vor, diese Erfolge oder Mißerfolge einzelnen Personen zuzuschreiben. Es hat Meinungen gegeben, daß das Verhalten der Sowjets gegenüber Österreich von den Persönlichkeiten abhängig sei, die Österreich vertreten. Das ist eine kleinliche Auffassung, und sie hat sich als unrichtig erwiesen. Aber von einem sind wir überzeugt: daß die Festigkeit, die Unnachgiebigkeit unserer Generallinie in allem Wesentlichen die unerlässliche Vorbedingung dafür geschaffen hat; daß mit Schwäche, mit Nachgiebigkeit, mit Uns-an-den-Hals-Werfen nichts erreicht worden wäre.

Wenn der Herr Kanzler mit dem österreichischen Volk bei diesem Anlaß Bilanz gemacht hat und den acht Punkten, die in der letzten Zeit eine Erleichterung gefunden haben, acht dringende Petites gegenübergestellt hat, so bitten wir ihn, Schritt für Schritt und Punkt für Punkt sich auch um ihre Bereinigung einzusetzen, ob es sich nun um die Militärgerichtsbarkeit handelt oder um die Zensur oder das Rundfunkwesen oder um die USIA. Darf ich noch die Freiheit der zivilen Luftfahrt und Sportluftfahrt, auf die Österreich ein Anrecht zu haben glaubt, anführen. Darf ich noch die Bitte daran knüpfen, daß man über die so vielen in Rußland in Kriegsgefangenschaft Geratenen und Vermißten uns doch endlich Nachricht zumitteln möge, damit die Familien aus ihrer Ungewißheit gerissen werden; denn immer noch schlimmer diese Ungewißheit als selbst die traurigste Nachricht. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Bei seiner Bilanz vergleicht das österreichische Volk auch das Verhalten der verschiedenen Besatzungsmächte. Und wenn wir heute der einen Seite für die in jüngster Zeit eingetretenen Erleichterungen danken, wäre es schlecht gelohnt, wenn wir die große Hilfe darüber vergäßen, die von der anderen Seite geleistet wurde und wird. Der Dank ist an dieser Stelle schon öfter bekundet worden. Aber wie wenig besagten Worte für ein Hilfswerk, das buchstäblich lebensrettend für unser Volk gewesen ist!

Wollen wir doch bei dieser Aufstellung der Rechnung nicht übersehen, daß auch von Seiten der westlichen Alliierten uns noch so manche Erleichterung gewährt werden könnte, Erleichterungen, für sie kaum fühlbar, für uns sehr fühlbar. Ich verweise nur auf die für unsere Bevölkerung so drückenden Wohnungsbeschlagnahmen, aber auch Beschlag-

## 302 12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 18. Juni 1953

nahmen von Schulen und öffentlichen Gebäuden, noch verbunden damit, daß diese Wohnungen, daß diese Gebäude oft von der Besatzungsmacht völlig ungenügend ausgenützt werden. Das läßt jene europäische Solidarität vermissen, die allein europäischen Geist erzeugen könnte. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich möchte mich aber nicht ins Kleine verlieren, so lebensnotwendig dieses Kleine für die betroffenen Mitbürger ist. Mit Recht hat der Herr Bundeskanzler auf das große Ziel verwiesen, das wir unbeirrt im Auge behalten. Gerade weil wir überzeugt sind, daß unser bisheriger Weg der richtige war, ersuchen wir unsere Regierung, ihn auch weiterhin gleich unabirrbar und linientreu fortzusetzen. Niemand gebe sich der Illusion hin, das österreichische Volk in seiner gefestigten politischen Überzeugung, in seiner demokratischen Einstellung irrezumachen. Innenpolitisch werden uns die „Fischer-Lieder“ nicht verlocken. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Wir wissen zu gut, daß dieses „Halb zog sie ihn, halb sank er hin“ nur dazu führt: „und ward nicht mehr gesehn“ — zum völligen Untergang. (*Heiterkeit und Beifall bei der Volkspartei.*)

Nichts vermag auch unsere Verbindung mit jenem Europa zu lösen, dem wir gebend und nehmend seit eh und je angehören. Ist man jedoch guten Willens, wie der Herr Kanzler gesagt hat, will man unsere Art und Selbstbestimmung respektieren, dann kann man auch auf unseren guten Willen und unseren Respekt rechnen. Darin liegt keine Überheblichkeit, denn auch der Kleine hat seine Selbstachtung und kann nur den achten, der ihn nicht mißachtet. Mit dem Recht jedes Lebewesens auf seine Existenz bestehen wir auf dem Staatsvertrag, wohlgerne, auf einem Staatsvertrag, um wieder die Worte des Herrn Kanzlers zu gebrauchen, der uns politisch, wirtschaftlich und moralisch die Existenz ermöglicht.

Hiezu ein Wort auch an uns selbst. Wir können nicht von anderen Achtung verlangen, wenn wir uns selber nicht achten. Bewahren wir also unser Wesen, bekämpfen wir unsere Mängel, verlieren wir uns nicht, halten wir uns an das Wort: „Der Österreicher hat ein Vaterland, und liebt's, und hat auch Ursach' es zu lieben.“ (*Starker Beifall bei ÖVP und SPÖ.*) Beseelt vom Arbeitswillen, von einem fanatischen Leistungswillen, auch vom Opfer- und Widerstandswillen, wenn es nottäte, in uns selbst gefestigt, glaubt mir, meine Landsleute, sind wir unüberwindlich und wird unsere geliebte Heimat, unser teures Vaterland den Festtag der Freiheit feiern! (*Starker anhaltender Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

**Präsident:** Zu dem Punkt der Tagesordnung, Bericht der Bundesregierung, ist niemand mehr zum Wort gemeldet. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt ist daher geschlossen.

Zur Stellung eines formalen Antrages hat sich der Herr Abg. Dr. Tončić zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Tončić-Sorinj: Hohes Haus! In der Sitzung des Nationalrates vom 28. Mai wurden dem Justizausschuß vier Anträge, und zwar die Anträge Nr. 18, 19, 20 und 21, zugewiesen, wobei dem Ausschuß eine Frist für die Berichterstattung bis zum 30. Juni gestellt wurde. Der Justizausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, dem Hohen Haus vorzuschlagen, diese Anträge mögen dem Hauptausschuß zugewiesen werden, da bisher alle Vorlagen und Anträge, die sich auf die Behandlung der ehemaligen Nationalsozialisten beziehen, im Hauptausschuß zur Beratung gelangt sind.

Ich habe daher namens des Justizausschusses den Antrag zu stellen, der Herr Präsident möge die genannten Anträge mit Zustimmung des Hohen Hauses dem Hauptausschuß überweisen.

Ferner beantrage ich im Einvernehmen mit den Antragstellern, dem Hauptausschuß für die Beratung dieser vier Anträge 18/A, 19/A, 20/A und 21/A eine Frist zur Berichterstattung an das Haus bis 9. Juli 1953 zu stellen und die Frist für den Antrag Eibegger und Genossen 2/A, für dessen Beratung dem Hauptausschuß eine Frist bis 30. Juni gestellt ist, ebenfalls bis 9. Juli zu erstrecken.

**Präsident:** Ich bitte jene Frauen und Herren, die diesen beiden Anträgen des Herrn Abg. Dr. Tončić zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Es sind nun noch zwei Zuweisungen vorzunehmen, und zwar für einen Antrag der Abg. Ing. Figl, Eibegger, Prinke und Genossen, betreffend Abänderung des Beamtenentschädigungsgesetzes (32/A). Ich weise diesen Antrag dem Sozialausschuß zu.

Ein zweiter Antrag der Abg. Mark, Wunder, Jochmann und Genossen, betreffend Abänderung des Opferfürsorgegesetzes (33/A), wird ebenfalls dem Sozialausschuß zugewiesen.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, dem 25. Juni, 9 Uhr vormittag, statt. Schriftliche Einladungen hiezu werden noch ergehen.

Ich mache noch aufmerksam, daß der Hauptausschuß sofort, anschließend an die Plenarsitzung, im Lokal V zusammentritt.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 10 Uhr 55 Minuten